

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Holme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Königsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 166

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 40 Reichspennig — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto.

Halver
Mittwoch, den 20. Juli

Erscheint wöchentlich 6 mal
Gratis beilagen „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Landmanns Sonntagsblatt“, „Herb und Scholle“ und „Für unsere Frauen“ 1932

Die heutige Ausgabe umfasst 8 Seiten

Kleine Zeitung für eilige Leser

- * 21 Reichswahlvorschläge wurden vom Reichswahlausschuss für gültig erklärt und zugelassen.
- * Für 200 000 Arbeitswillige soll nach der Neuordnung des freiwilligen Arbeitsdienstes Arbeit geschaffen werden.
- * Der preussische Landtagspräsident Kerst fordert in einem Schreiben an den Reichskanzler das Eingreifen des Reiches in Preußen.
- * Im Dewaheim-Prozess beantragte der Staatsanwalt gegen die Angeklagten hohe Gefängnisstrafen.

Feuer im „Konferenzschiff“.

Wer abergläubisch ist, mag ja umkehren, wenn ihm eine schwarze Katze über den Weg läuft. Und für abergläubische Engländer bezw. Engländerinnen mag es kein gutes Vorzeichen sein, daß auf dem „Konferenzschiff“, das die englischen Delegierten zur Reichskonferenz nach Kanada gebracht hat, Feuer ausgebrochen ist. Baldwin selbst, der vorläufige Führer der Delegation — erst später wird auch MacDonald nach Ottawa reisen — habe aber durch geschicktes und schnelles Eingreifen den Ausbruch einer Panik verhindert. Und bald darauf hat der Dampfer infolge Nebels mit einem Frachtschiff eine Kollision gehabt, die aber der stolzen „Empress of Britain“, der „Kaiserin von Britannien“, auch weiter nichts geschadet hat. Wenn man also eine derartige Konferenzfahrt mit Hindernissen als ungünstiges Vorzeichen deuten mag, so kann man dies schon deswegen tun, weil die Fahrt der Konferenz selbst zweifellos durchaus nicht ganz glatt und ohne Kollisionen verlaufen wird.

Seit vor 30 Jahren der Vater des jetzigen Schatzkanzlers und seines Bruders Austen, der als Urheber des Burenkrieges noch nicht vergessene Joe Chamberlain, die handelspolitisch bedeutsame Idee des „Greater Britain“, des „Größeren Englands“, erfunden hat, hat sich im englischen Weltreich gerade auf wirtschaftlichem Gebiete vieles ganz grundlegend geändert. Aus den damals noch heranwachsenden Kindern sind inzwischen sehr selbständig handelnde Männer geworden, die auch wirtschaftlich sich sehr fest auf eigene Füße gestellt haben, — übrigens nicht zuletzt unter dem Einfluß des Weltkrieges. Gerade in den großen Dominien Englands, in Indien, Südafrika, Kanada, Australien und — wenn man es anreihen darf — Ägypten, vollzog sich eine Industrialisierung größten Ausmaßes, die dem eigenen „Mutterlande“ wirtschaftlich schweren Abbruch getan hat und noch tut. Man braucht z. B. nur an die großen Verluste zu erinnern, die eine der englischen Standardindustrien, nämlich die Textilindustrie, erst durch die Konkurrenz, dann durch den Warenboycott Indiens erlitten hat. Trotzdem haben insbesondere Kanada und Australien immer noch einen ausgeprägten Agrarcharakter als Großproduzenten agrarischer und nicht zuletzt auch industrieller Rohstoffe, — aber zwischen England und Irland ist gerade ein Zollkrieg ausgebrochen!

Der kurz vor dem Sturz des Pfund Sterling einsetzende englische Hochschutzzoll-Sturm ließ die Dominien und Kolonien ganz unberührt, und die Regelung der Zollfrage mit ihnen wurde einer späteren Konferenz vorbehalten, die nun in Ottawa abgehalten wird. Inzwischen hat nun aber — neben dem tatsächlichen Übergang zum Hochschutzzoll geschlossenenster Art — der große konservative Wahl Sieg und dann die erfolgreiche Pfundstützung aus eigenen Kräften stattgefunden, und das hat das allbritische Selbstbewußtsein gewaltig gestärkt. Allerdings hat kein einziges Dominion — mit Ausnahme Südafrikas — am Goldstandard festgehalten, aber Indien stützte mit seinem Goldschatz das Pfund Sterling. Die das englische Weltreich umschließenden Bande sind politisch vielfach sehr gelockert worden, aber die wirtschaftspolitischen Bande sind immer noch sehr fest. Allerdings ist die Zeit längst vorüber, als die Kolonien an das Mutterland Lebensmittel und Rohstoffe veräußerten und dafür englische Fertigwaren, Kohlen und — Kredite bezogen: vielmehr sind gerade die größten Dominien auf engste mit der Weltwirtschaft verflochten.

Darum könnte man an dem Erfolg der Konferenz von Ottawa zweifeln, wenn die englischen Konservativen mit Baldwin an der Spitze dort wirklich eine Art allbritischer „Planwirtschaft“ erreichen wollen. Seine Lebensmittelfuhr aus den Dominien und Kolonien müßte England mit Warenzufuhr bezahlen, aber die Dominien haben selbst ihre Schutzzölle dieser und vieler anderer Schwierigkeiten ein weltwirtschaftlich hochbedeutender Ersatz in Ottawa dadurch erzielt werden, daß England durch ein Freihandels- und Vorzugszollsystem handelspolitisch die engen Beziehungen namentlich mit den Dominien aufrechterhält und verstärkt, den anderen Völkern und Ländern gegenüber aber die jetzt vorhandenen Hochschutzzölle bestehen läßt oder diese gar noch weiter erhöht.

Die Rückwirkung auf die Gestaltung des Welthandels müßte außerordentlich groß werden, wenn wirklich England auf diese Weise einen besonderen „Wirtschaftsraum“ schaffen sollte, den dann das Mutterland und die Dominien bilden würden. Das ist aber schneller ausgesprochen als durchgeführt. Denn zwei Drittel der englischen Ausfuhr gehen in nichtbritische Länder. Und das Risiko wäre dann doch sehr groß, es wegen des einen Drittels auf einen noch schwereren Zollkrieg mit der übrigen Welt ankommen zu lassen, als der jetzt geführte es ist. „Free trade“, „Freihandel“ — unter dieser Parole ist England mit der Weltwirtschaft vor dem Kriege groß geworden.

Nothilfe durch Arbeitsdienst

200 000 Arbeitsdienstwillige sollen beschäftigt werden.

Die Lösung der Führerfrage.

Der freiwillige Arbeitsdienst ist aus seinem bisherigen engen Rahmen herausgerückt. Er ist nicht mehr ausschließlich eine Beschäftigungsgelegenheit für die arbeitslose Jugend, er soll vielmehr künftig die jungen Deutschen allgemein — ohne Unterschied der Herkunft, der Berufsbildung und der Weltanschauung — zusammenfassen zu gemeinsamer nutzbringender Arbeit für die Volksgemeinschaft. Innerhalb dieses erweiterten Personenkreises muß die arbeitslose Jugend wie bisher eine besondere Berücksichtigung erfahren. Hierzu führte in einer Pressekonferenz Präsident Dr. Brüning, der Staatskommissar für den Arbeitsdienst, folgendes aus:

Allein von den jungen Männern bis zum 25. Lebensjahre sind heute mehr als eine Million arbeitslos. Sie wachsen in den entscheidenden Jahren ohne Berufserziehung und Arbeitsdisziplin heran, und dies kann nicht ohne tiefgreifende

nachteilige Auswirkung für ihre menschliche Reife bleiben. Diese Massennot trifft die jungen Arbeiter, gelernte und ungelernte, die Angestellten, aber auch Abiturienten, Hochschüler und Jungakademiker.

Eine weitere wesentliche Änderung besteht darin, daß künftig allgemein bei volkswirtschaftlich wertvollen Maßnahmen die Höchstzahl, für die der einzelne Arbeitsdienstwillige gefördert werden kann,

von bisher 20 Wochen auf 40 Wochen ausgedehnt worden ist. Gerade hier wurde dem Wunsche der beteiligten Verbände Rechnung getragen, unter Würdigung der Tatsache, daß die psychologische Auswirkung des Arbeitsdienstes bei einer allzu engen Begrenzung der Zeit nicht voll erreicht werden kann.

Im Mittelpunkt des Arbeitsdienstes soll und muß die ernsthafte Arbeit

stehen. Alle Erfahrungen zeigen, daß die Jugend selbst nach praktischer Betätigung ihrer aufgespeicherten Kräfte verlangt. Sie drängt danach, produktiv eingesetzt zu werden in das Volksganze, zum Dienst für Volk und Nation. Doch die Arbeit als solche und ihre Ergebnisse sind nicht das einzige Ziel des Arbeitsdienstes. Er soll auch mitwirken an der körperlichen und geistigen Erziehung und Gefundung. Hinzukommen muß eine geeignete Ausnutzung der Freizeit durch sportliche Betätigung, durch geistige Weiterentwicklung und Klärung der Ideenwelt.

Entscheidend für das Gelingen dieser hochgestellten Ziele ist

die Lösung der Führerfrage.

Die Jugend selbst verlangt nach Disziplin und Unterordnung. Aber sie stellt auch Anforderungen an ihre Führer, sie will keine Vorgesetzten, sondern Menschen mit natürlichen Führerbegabungen, die vertraut

sind mit dem Streben und Wollen der Jugend und ihre Eignung bereits erwiesen haben. So kann man beobachten, daß Führertypen besonderer Prägung sich herauszubilden beginnen. Ich halte es für meine Aufgabe, diese Entwicklung mit Nachdruck zu unterstützen.

Bisher beschränkte sich die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes im wesentlichen darauf, die Arbeiten finanziell zu unterstützen. Dabei ergab sich eine außerordentliche Vielgestaltigkeit. Es wird jetzt meine Aufgabe sein, auf den gewonnenen Erfahrungen weiterzubauen und Anregungen an alle in Betracht kommenden Träger der Arbeit, insbesondere an die öffentlichen Körperschaften zu geben. Dabei sollen Arbeiten von volkswirtschaftlichem Wert besonders in den Vordergrund gestellt werden.

Für die Wirtschaft, und zwar für Arbeitgeber wie für Arbeitnehmer, ist von besonderer Bedeutung die Bestimmung, daß auch künftig

nur zusätzliche Arbeiten in Frage kommen.

Jedenfalls aber darf der Arbeitsdienst nicht zu einer Verringerung der Arbeitsmöglichkeiten des freien Arbeitsmarktes, insbesondere nicht zu einer neuen Verengung des Arbeitsmarktes für verheiratete kinderreiche Arbeitskräfte führen.

Die finanziellen Mittel

— zur Zeit 55 Millionen Mark — sollen nunmehr in einer Hand zusammengefaßt werden. Diese 55 Millionen Mark, die bisher für die Zeit bis zum 31. März nächsten Jahres zur Verfügung stehen, ermöglichen, bei einer Förderung bis zu 2. — Mark je Kopf und Arbeitstag, etwa 30 Millionen Tagewerke im freiwilligen Arbeitsdienst auszuführen. Abgesehen von den Wochen des strengen Winters, in denen die Außenarbeiten erschwert sind, würden bis zum Beginn des neuen Haushaltsjahres

durchschnittlich 200 000 Arbeitsdienstwillige beschäftigt werden können. Da am 1. Juli die Zahl der Arbeitsdienstwilligen etwa 70 000 betrug, kann demnach durch die neuen Mittel eine wesentliche Steigerung erreicht werden. Trotz dieser begrüßenswerten Ausdehnung des Arbeitsdienstes wird sich die breite Öffentlichkeit darüber klar sein müssen, daß die Not des kommenden Winters noch darüber hinaus Gegenstand ernster Anstrengungen und lebhafter Sorge sein muß.

Bei der praktischen Ausführung wird es vor allem auf die verantwortungsvolle Mitarbeit aller bisher im freiwilligen Arbeitsdienst erfolgreich tätig gewesen Verbände ankommen. Die engste Fühlungnahme mit ihnen wird, wenn auch ein besonderer Reichsbeirat nicht vorgesehen ist, meine Aufgabe sein. Mit ihnen zusammen werde ich auch — entsprechend der Entscheidung der Reichsregierung — auf Grund der Erfahrungen der nächsten Monate den weiteren Ausbau des Arbeitsdienstes prüfen, und ich werde sodann der Reichsregierung das gewünschte Gutachten darüber erstatten, ob und unter welchen Voraussetzungen die Einführung einer Arbeitsdienstpflicht in Deutschland geboten ist.

Das Uniformverbot im Staatsrat.

Der Preussische Staatsrat beschäftigte sich in seiner Sitzung u. a. auch mit dem Antrag der sozialdemokratischen Mitglieder des Staatsrats, der die preussische Staatsregierung ersucht, auf die Reichsregierung erneut und mit stärkstem Nachdruck einzuwirken, damit die Aufhebung des Uniformverbotes sofort rückgängig gemacht wird. Verbunden mit der Beratung wurde ein kommunistischer Antrag, der die preussische Regierung auffordert, die Demonstrationsfreiheit wiederherzustellen. Schließlich haben die Zentrumsmitglieder des Staatsrats noch beantragt, der Staatsrat möge die Staatsregierung ersuchen, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß geordnete Zustände sofort wiederhergestellt werden, insbesondere soll das Uniformverbot wieder eingeführt und gegen jeden ungesetzlichen Waffen- und Sprengstoffbesitz und -gebrauch mit unnachlässiger Strenge vorgegangen werden.

Dr. Meerfeld-Köln (Soz.) begründete den sozialdemokratischen Antrag, der durch die inzwischen getroffenen Maßnahmen der Reichsregierung nicht etwa überflüssig geworden, im Gegenteil, er ist durch die Vorkommnisse in Altona erst recht aktuell geworden. Er enthält die Wendung, daß wir am Rande des Bürgerkrieges stünden. Dieser Ausdruck ist zu schwach, wir stehen schon mitten darin. Die Arbeitermassen werden zur Offensive gehen und, wenn nötig, an den Schändern des deutschen Namens das Strafgericht vollziehen. (Weißfall b. d. Soz.) Da Reichsinnenminister Frhr. von Gahl, der auch Mitglied des Staatsrates ist, den Saal vor der Rede Meerfelds verlassen hatte, warf ihm der nächste Redner, der kommunistische Thorun, vor, er „keine Feige“ Thorun erhielt dafür einen Ordnungsruf. Sprenger (Nat.-Soz.) wies in erregten Ausführungen die Angriffe des Abg. Meerfeld zurück; Sozialdemokraten und Kommunisten trügen die Schuld an den heutigen Zuständen. Das Zentrum sei mitverantwortlich für das, was nach der Revolution geschehen sei. Aber die Verbrechen der Kommunisten, der Sozialdemokraten und des Zentrums werde Gericht gehalten werden.

Präsident Dr. Abenauer (Ztr.) bemerkte, die Ausführungen der drei Vortredner hätten so starke Verlöste gegen die Ordnungsbestimmungen des Staatsrates enthalten, daß er die Redner sämtlich zur Ordnung rufe. Im übrigen habe sich gezeigt, daß die Ordnungsbestimmungen verschärft werden müßten. Schilling (Ztr.) sprach den Nationalsozialisten das Recht ab, über Recht und Sittlichkeit ein Urteil zu fällen, solange sich in ihren Reihen Zuchthäuser und Verbrecher befänden. Die

Nationalsozialisten trügen ein groß Teil Schuld an der politischen Verwilderung in Deutschland.

Dr. Jares (Arb.-Gem.) bemerkte zunächst zu den kommunistischen Angriffen gegen Frhr. von Gahl, daß dieser es ablehne, im Preussischen Staatsrat das Wort zu Ausföhrungen zu nehmen, die als amtliche Stellungnahme bewertet werden könnten. Er gab sodann für die Arbeitsgemeinschaft die Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Wir begrüßen den ersten in dieser Richtung erfolgten Schritt der Reichsregierung und erwarten weitere Maßnahmen, die es ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit jedem Einzelnen zum Bewußtsein bringen, daß der Bürgerkrieg von der Reichsregierung nicht gebildet wird.

Oberbürgermeister Brauer-Altona (Soz.) erklärte, die in Altona gefallenen Opfer würden von allen Seiten tief beklagt. Die Nachmittage gehörten in die Hand des Staates und nicht in die Hand politischer Parteien, und die Uniformen gehörten nicht auf den Leib der Bürger, sondern sie seien Sache der Polizei und der Reichswehr.

In der Abstimmung wurde der Antrag des Zentrums, der die Wiedereinführung des Uniformverbotes und unnachlässiges Vorgehen gegen ungesetzlichen Waffen- und Sprengstoffbesitz forderte, mit den Stimmen der Antragsteller und der Sozialdemokraten angenommen.

Es ist in Aussicht genommen, die nächste Sitzung des Staatsrats am 20. September stattfinden zu lassen.

Die Konferenz der Landwirtschaftsminister in München.

In München trat unter dem Vorsitz des Reichsernährungsministers die Konferenz der deutschen Ernährungs- und Landwirtschaftsminister zusammen. Vertreten waren das Reich und 16 Länderregierungen.

Die Liste der Teilnehmer weist folgende Namen auf: Für das Reich: Reichsernährungsminister Freiherr von Braun, Ministerialdirektor Streil, Ministerialdirektor Dr. Moritz, Ministerialrat Kirschner, Dr. Claus; für Preußen: Landwirtschaftsminister Steiger, Ministerialrat Katten; für Bayern: Staatsminister Dr. Stübel, Staatsrat Dr. Hünlein; für Sachsen: Wirtschaftsminister Dr. Hedrich, Ministerialrat Dr. von Wendt; für Württemberg: Wirtschaftsminister Dr. Maier, Oberregierungsrat Dr. Schiller, Regierungsrat Dr. Scheffold; für Baden: Ministerialdirektor Dr. Fiedt, Ministerialrat Dr. Klotz, Ministerialrat Dr. Keller, Oberregierungsrat Dr. Sauer; für Thüringen: Staatsminister Baum, Ministerialrat Kollhoff; für Hessen: Minister

Bergessene Reparationsfreizügung.

Wo bleibt die Befreiung des Saargebietes?

Daß das Saargebiet ein Teil der Reparationsen darstellt und daß mit der Regelung der Reparationsfrage auch die Saarfrage geregelt werden muß, darauf weist der Saarverein in einem Aufsatz hin. Es heißt da u. a.:

„Es hat niemals, sofern nicht die unbedingte Annahmungsabsicht Frankreichs im Vordergrund stand, ein Zweifel darüber bestanden, daß das Saargebiet ein Teil der Reparationsverpflichtungen Deutschlands darstellen sollte und dargestellt hat. Da das Saargebiet ein Teil der Reparationsverpflichtungen Deutschlands darstellt — denn als Ersatz für die nordfranzösischen Gruben scheiden sie wegen längst erreichter Vollerfüllungen der französischen Nordgruben aus —, diese Verpflichtungen aber reiflos durch die neuen Verpflichtungen aus dem Lausanner Vertrag ersetzt werden, so kann es nach unserer Auffassung eine Saarfrage im Sinne des Versailler Diktats nicht mehr geben. Und da vor diesem Diktat eine Saarfrage nicht bestanden hat, so müßte das Saargebiet vorbehaltlos wieder in den politischen und wirtschaftspolitischen Zustand zurückversetzt werden, in welchem es sich völkerrechtlich vor dem Diktat befand. Es wäre ein Widerspruch in sich, wenn Frankreich weiterhin Reparationen empfangen dürfte in Gestalt von Saarkohlen, während im Lausanner Vertrag ausdrücklich erklärt wird, daß den Reparationen ein Ende bereitet sei. Ist es der Sinn des Lausanner Vertrages, daß nur für Frankreich eine Ausnahme gemacht wird hinsichtlich des Saargebietes? Hierüber muß in kürzester Frist Klarheit geschaffen werden.“

Es wäre geradezu undenkbar, daß man deutscherseits ausgerechnet wie im Jahre 1813 wieder das Saargebiet bei dem großen Befreiungswert vergessen haben sollte, während man andere Belastungen, wie z. B. die der Reichsbank und der Reichsbahn, in Lausanne zu befestigen vermochte. Was die deutsche Koordination veranlaßt hat, die Saarfrage aus der Lausanner Erörterung herauszulassen, erscheint nicht ganz erklärlich, da sie eine Reparationsfrage ist. Es wird nun Aufgabe der deutschen Außenpolitik sein, diese Frage im Zuge der in Aussicht genommenen Verhandlungen über die offengebliebenen politischen Punkte mit in Angriff zu nehmen.

Der bunte Strauß

der Reichswahlvorschläge.

Vorschläge amtlich zugelassen.

Unter dem Vorsitz des Reichswahlleiters Präsidenten Professor Dr. Bagemann trat der Reichswahlausschuß zur Prüfung und Zulassung der eingereichten Reichswahlvorschläge zusammen.

Es wurden folgende Reichswahlvorschläge für gültig erklärt und zugelassen:

1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
2. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitler-Bewegung),
3. Kommunistische Partei Deutschlands,
4. Deutsche Zentrumspartei,
5. Deutschnationale Volkspartei,
6. Deutsche Staatspartei,
7. Bayerische Volkspartei,
8. Christlich-Sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung),
9. Deutsche Bauernpartei,
10. Landbund,
11. Deutsch-Hannoversche Partei,
12. Es folgen dann die neuen Parteien:
13. Höchstgehalt der Beamten 5000 Reichsmark. Für die Arbeitslosen und bis jetzt abgewiesenen Kriegsbeschädigten, 19. Deutsche Einheitspartei für wahre Volkswirtschaft, Unterstützungsempfänger-Partei Deutschlands, 20. Deutsche Sozialistische Kampfbewegung, 21. Nationale Mindearbeiten in Deutschland, 22. Nationale Mitte. Großdeutsche Freiheitsbewegung gegen Faschismus und Unsozialismus, 23. Schicksalsgemeinschaft Deutscher Erwerbsloser (Erwerbslosenfront), 24. Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern, 25. Freiwirtschaftliche Partei Deutschlands (Partei für krisenfreie Volkswirtschaft), 26. Gerechtigkeitsbewegung für Parteienverbot. Gegen Lohn-, Gehalts- und Rentenkürzungen. Für Arbeitsbeschaffung, 27. Deutsche Volksgemeinschaft.

Erinnerung zum Frankfurter Sängerefest.

Der erste Männerchor mit Gitarrebegleitung.

Bei dem großen Frankfurter Sängerefest, das im Zeichen des Goethejahres stattfindet, wird man auch oft und gern des Freundes Goethes und Gründers der ersten Liedertafel, Karl Friedrich Zelter, gedenken. Als Sohn eines Maurermeisters mußte Karl Friedrich, in dem sich der Vater seinen Nachfolger erzog, das Handwerk von Grund auf erlernen. Daneben aber trieb er heimlich und fleißig in Berlin Musikstudien, und wenn er tagsüber mit Kelle und Mörtel auf dem Baugerüst hantierte, vertiefte er sich abends in das Musikstudium, um bei Tagesanbruch nach Potsdam zu eilen und bei Fasch, seinem Vorgänger in der Leitung der Berliner Singakademie, Unterricht in der Direktionskunst und der Theorie zu nehmen. Im Jahre 1783 bestand der Maurergeselle die Meisterprüfung und übernahm das Baugeschäft des Vaters, der aber nach wie vor die musikalische Neigung seines Sprößlings mit scheelen Augen ansah. Erst nachdem 1786 eine Trauerlante des Sohnes auf den Tod Friedrichs des Großen in der Berliner Garnisonkirche aufgeführt worden war, milderte sich der starre Sinn des Vaters, und der Sohn durfte der geliebten Musik mehr Zeit widmen, ohne aber darüber das Gewerbe zu vernachlässigen. Noch immer kletterte er auf den Bauten herum, beaufsichtigte die Arbeiter und machte Kostenaufschläge, obwohl er bereits als Hilfsdirigent in der Singakademie seinen erkrankten Lehrer vertrat. Erst als er nach Faschs Tod Dirigent der Singakademie und königlicher Musikdirektor geworden war, vertauschte er endgültig die Maurerkelle mit dem Taktstock.

1786 hatte es Zelter gewagt, auf Goethesche Texte gesetzte Lieder dem Olympier zu übersenden, der ihn lebhaft ermunterte, mit der Vertonung seiner Dichtung fortzufahren. Mit jedem neuen Lied, das er erhielt, steigerte sich des Dichters Bewunderung für den Musiker, in dem er das Ideal eines Liederkomponisten zu sehen vermeinte.

Die Zeit ist freilich über Zelters Liederkompositionen rasch zur Tagesordnung übergegangen. Seine Bedeutung liegt auch durchaus nicht auf dem Felde des Liedes, sie



Hier fanden die Altonaer Straßenkämpfe statt.

Ein Blick in die Marienstraße Ecke Große Johannisstraße in Altona, in der der Straßenkampf besonders heftig tobte. Nach den Unruhen stehen die Bewohner lebhaft

diskutierend in den Straßen, während immer noch Polizeiwagen die Unruhegegend abfahren.

Die Nummern 6, 7, 10, 13, 16 und 17 fallen bei den Reichswahlvorschlägen aus, weil der Reichsinnenminister diese Nummern für die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei, das Landvolk, die Konservative Volkspartei, die Volkssozialistische Arbeiterpartei Deutschlands vorbehalten hatte, die zwar zuletzt im Reichstag noch vertreten waren, aber keine Reichswahlvorschläge eingereicht haben.

Nicht zugelassen wurden die eingereichten Reichswahlvorschläge einer „Partei der Erwerbslosen: Für Arbeit und Brot“, der sogenannten „Unitarischen Union Deutschlands (Einheitsbewegung aller Schaffenden)“, einer „Katholischsozialen Nationalpartei Deutschlands“ und eines „Deutschen Staatsbürgerbundes“, da Reichswahlvorschläge dieser Parteien entweder nicht eingereicht oder nicht zugelassen worden sind. Im übrigen sind die gesamten 21 Reichswahlvorschläge nur unter der Voraussetzung zugelassen worden, daß jeweils angeschlossene Reichswahlvorschläge vorhanden sind.

Der Sieg der nationalen Lebensrechte.

Dr. Schacht über Grundsätze deutscher Wirtschaftsführung.

Der frühere Reichsbankpräsident Dr. Hjalmar Schacht behandelt in einer Schrift „Grundsätze deutscher Wirtschaftspolitik“ die Umstellung, die seiner Ansicht nach erfolgen muß, um Deutschlands Lebensrechte zum Siege zu führen. Dr. Schacht geht aus von dem Gedanken, daß nur die nationale Selbstachtung die Genesung des deutschen Volkes bringen könne. Der Wiederaufschwung der deutschen Wirtschaft sei an das Bestehen einer vom nationalen Willen getragenen Regierung gebunden. Er wendet den deutschen Unternehmern vor, daß sie mit jeder Regierung des marxischen Systems glauben paktieren zu können. Die Annehmlichkeit persönlich guter Beziehungen zu den Machthabern habe eine durchgreifende politischoppositionelle Stellung der Wirtschaft gegen ein System, das letzten Endes in ununterbrochener Folgerichtigkeit dieselbe Wirtschaft zugrunde richten müßte, verhindert. Durch den Zusammenbruch des bisherigen Systems sei nun die Bahn frei geworden für eine neue deutsche Wirtschaftspolitik. Auch Dr. Schacht bekämpft die Auffassung, daß es sich bei der gegenwärtigen Lage gar nicht um eine bloße deutsche Wirtschaftskrise handle, daß man in erster Linie an die Bekämpfung der Weltwirtschaftskrise herangehen müsse. Das Besondere der deutschen Krise sei, daß wir uns seit 1914 in einem ununterbrochenen Verzehrer früherer Reserven befinden, daß diese letzten Reserven aufgezehrt seien.

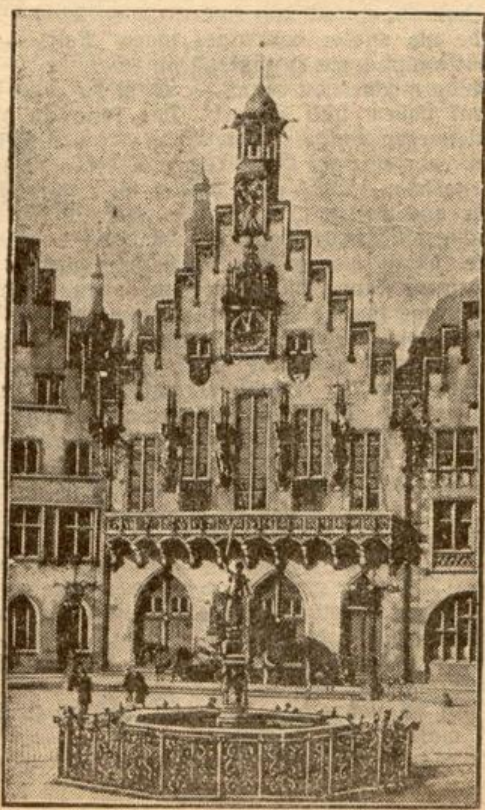
Willkürliche und schematische Heraussetzung der Löhne durch die politischen Instanzen, Verkürzung der Arbeitszeit, eine Steigerung des öffentlichen Aufwandes über den unbedingt zulässigen Rahmen hinaus hätten es zuwege gebracht, daß Steuern und Lasten aus der Wirtschaft herausgepreßt wurden, die ihre Deckung aus der Substanz der Wirtschaft erfuhren.

Ausgehend von dem Gedanken, daß der Erfolg in allererster Linie auf dem persönlichen Können des einzelnen Wirtschaftenden beruht, bekämpft Dr. Schacht die kollektivistische Wirtschaftsführung, den kollektivistischen Bureaucratismus. Er tritt für eine individuelle Lohnpolitik ein und will dem Gedanken, daß die Arbeit der größte Segen ist und nicht unvermeidbares Übel, wieder zu seinem Recht verhelfen. Er geißelt die Entfesselung der persönlichen Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und überhaupt der Beziehungen der Menschen untereinander. Alles, was früher Gegenstand der gegenseitigen Hilfe von Mensch zu Mensch gewesen sei, sei heute durch Paragraphen und aus Steuern bezahlte Amtshandlungen entseelt.

Auf Währungsfragen eingehend bezeichnet Dr. Schacht die Stabilität der Währung, die wir heute haben, als unnatürlich. Sie sei stabil, weil sie eingefroren sei, weil sie einem wesentlichen Zweck entzogen sei, nämlich den Zahlungsausgleich mit dem Auslande zu bewirken. Alle Währungsprojekte seien laienhaft. Der häufigste Irrtum sei, daß man das Geld mit Reichtum und Kapital verwechsle. Gefährdet sei die Währung dadurch, daß heute über die Hälfte des Reichsbankportefeuilles keine kurzfristigen Handelswechsel, sondern langfristige Anlagen darstellen. Die Reichsbank von diesen Anlagen so bald als möglich wieder zu befreien, werde eine der wesentlichen Aufgaben kommenden nationaler Wirtschaftspolitik sein. Alle Projekte, die in irgendeiner Form zusätzliches Geld drucken wollen, seien von der Hand zu weisen. Es fehle uns nicht an Geldumlaufmitteln, sondern an Kapital.

Dr. Schacht tritt dann weiter für die Kapitalbindung aus Arbeitsverdienst ein. Die demagogischen Anträge über die gesetzliche Beschränkung der Einkommenshöhe seien nicht nur sinnlos, sondern auch unsittlich. Anders denkt er über das Einkommen aus Kapital, und in diesem Zusammenhang tritt er für ein Eingreifen in die Zinswirtschaft ein. Er sieht zwei Wege, dem Arbeitslosenproblem beizukommen. Der eine sei, durch starke Auflockerung der politischen Bindungen von Arbeitslohn und Arbeitszeit die private Initiative in Industrie, Handel und Gewerbe wieder anzufachen, der zweite die mögliche Dezentralisierung der dafür geeigneten Arbeitslosen durch Unter-

beruht vielmehr auf seinen Chorkompositionen und auf der erzieherischen Tätigkeit, die er als Leiter der Berliner Singakademie im Sinne einer künstlerischen Erziehung der Chormusik ausübte, das hat. Was er hier für den gemischten Chor leistete, das tat er in der Folge in noch stärkerem Maße für den Männergesang durch die Gründung der ersten deutschen Liedertafel, die ein Sprößling der Singakademie war. Diese Schöpfung war einem Zufall zu danken. Die Idee zu der eine neue Ära des Männergesangs eröffnen-



Der Römer in Frankfurt a. M.

den Liedertafel, die im Jahre 1809 begründet wurde, entsprang einer fröhlichen Festeier gelegentlich der Verabschiedung eines nach Wien abreisenden Sängers. Zu seinen Ehren hatte sich eine Anzahl der stimmkräftigsten Mitglieder der Akademie zusammengefunden, die von Zelter komponierte Tafellieder sangen und zwar, der Not gehorchend, zur Begleitung einer Gitarre, da der Raumangel die Aufstellung eines Flügels verwehrt hatte. Der dünne Gitarrenklang konnte natürlich gegen die kräftigen Männerstimmen nicht auskommen, eine Unzulänglichkeit, die Zelter die Erkenntnis vermittelte, daß ein Männerchor, was man bisher nicht geglaubt hatte, sehr wohl auch ohne jede Begleitung auskommen könne. Auf Grund dieser praktischen Erfahrung gründete Zelter einen Verein, den er, weil er bestimmt war, die Pflegestätte eines künstlerisch leistungsfähigen Männerchors im Rahmen einer geselligen Zusammenkunft zu werden, „Liedertafel“ nannte. Um das künstlerische Niveau dieser ersten Liedertafel zu wahren, für die Zelter seine schönsten Chorquartette schrieb, bestimmte das Gründungsstatut, daß nur Komponisten, Dichter und Berufssänger aktive Mitglieder des Vereins werden durften, eine Bestimmung, mit der man es später freilich infolge der raschen Verbreitung der Liedertafeln, die nach dem Berliner Vorbild überall in Deutschland, ganz besonders aber im sangesfreudigen Rheinland entstanden, nicht mehr so genau nahm.

Der Gründung der Liedertafel folgte unmittelbar Zelters Ernennung zum königlichen Professor und Ehrenmitglied der königlichen Akademie. Auch literarisch trat der verdienstvolle Mann mit einer Lebensbeschreibung seines Lehrers Fasch und einer anziehend geschriebenen Selbstbiographie hervor, die nach seinem Tode erschien. Ein weiteres Verdienst erwarb sich Zelter durch die Gründung des königlichen Instituts für Kirchenmusik in Berlin, wie er sich auch als Lehrer — Felix Mendelssohn-Bartholdy ist der berühmteste seiner Schüler — erfolgreich betätigt hat. Mit dem Erlöschen der Sonne in Weimar war auch Zelters Lebenskraft gebrochen. Sieben Wochen nach dem Tode Goethes trug man auch seinen Berliner Antimus zu Grabe.

Wie wir erfahren, wird Reichsinnenminister von Gahl am Frankfurter Sängerbundesfest teilnehmen.

Ernährungsfragen beschäftigte, während Deutschland täglich die Militärklauseln des Versailler Vertrages verfehle.

Neben der Reichswehr und der Schupo, die zusammen über 280 000 Mann verfügten, sei es den verschiedenen militärisch organisierten politischen Vereinigungen möglich, jederzeit 500 000 und recht bald sogar 800 000 Mann aufzustellen. 65 Fabriken arbeiteten für Seereschiffe, während nach dem Vertrag nur acht dazu ermächtigt worden seien. Herrlot und Kriegsminister Paul-Boncour hätten die Pflicht, diesen Zustand einmal mit aller Deutlichkeit darzulegen.

Vokales und Provinzielles.

Salver, den 20. Juli 1932.

Nun mal Ferien!

Leider ist das nicht ganz so, wie es da steht, denn abgesehen davon, daß die Schulferien in Deutschland „uneinheitlich“ sind und für den einen Reichsgebietsteil sofort, für den andern aber erst nach einer Woche oder noch später beginnen, gibt es viele Leute, die sich überhaupt keine Ferien gönnen dürfen, mögen sie im übrigen noch so großen Anspruch darauf haben. Aber bestehen bleibt trotz alledem die Tatsache, daß mit dem letzten Junitage die erste Serie der „Großen Ferien“ ihren Anfang nimmt, und daß bis in den August hinein an die Stelle der Schule wieder einmal ein bißchen Leben treten wird. Für die Kinder bestimmt — ob auch für die Erwachsenen, das steht noch dahin, da ja die Erwachsenen dauernd in die Schule gehen müssen, was man dann beschönigend „Schule des Lebens“ nennt.

Aber schließlich kommt es hier vor allem auf die Kinder an: sie sind es, für die die Ferien gemacht sind, und die Großen, die kleine haben, werden nur so mitgerissen, was sie aber durchaus nicht unangenehm empfinden, wenigstens nicht immer. Peinlich wird die Sache nur, wenn man nicht weiß, was man mit seinem Kinde in den Ferien anfangen soll. Da wirft der Junge oder das Mädchen einfach den Schulranzen hin, ruft: „Ferien!“ und denkt: „So — nun wollen wir mal sehen!“ Wer dann die Möglichkeit hat, mit dem Jungen oder dem Mädchen eine Reise zu tun, ganz gleich wohin, ganz gleich wie weit, der ist gut dran: ihm kann nichts geschehen, da er ja selbst Ferien macht und das übrig dem neuen „Milieu“ überläßt. Irgendwie wird's schon werden! Die Kinder finden andere Kinder, schließen sich an, behelligen den Vater oder die Mutter nicht allzu sehr mit Fragen und Wünschen, und so wird es für alle eine Ausspannung und Erholung.

Andererseits aber wird es meist, wenn die Kinder während der Ferien zu Hause bleiben müssen, wie das ja leider in vielen Familien der Fall sein wird. Die Kinder wissen oft nicht, was sie in der langen Zeit der Ferien mit sich anfangen soll, da gewohnte Spielkameraden vielleicht fehlen, und die Eltern wieder wissen nicht, was sie mit den Kindern anfangen sollen. Zu Hause sitzen die Kinder, die nichts zu tun haben, „so herum“ und sind überall im Wege, und wenn noch gar schlechtes Ferienwetter ist, ist es überhaupt nicht zum Ausgehen, da der Regen alle Welt trübsinnig macht. Schularbeiten in den Ferien, wie man das früher hatte, gibt es nicht mehr — aber manchmal wünscht man doch, es gäbe sie. Wohlverstanden: nicht die Kinder haben so schreckliche Wünsche! Überläßt man aber die Kinder den ganzen Ferientag hindurch sich selbst, draußen auf der Straße oder sonstwo, so kommen sie leicht aus Rand und Band und verwildern derart, daß sie nach den Ferien nicht wieder zuerkennen sind. Sagen und seufzen die Eltern! Und das schlimmste ist, daß die armen Eltern selbst keinen Tag Ferien haben, wenn die Kinder ihre Ferien zu Hause verbringen müssen: dann gibt es nämlich bestimmt doppelte Arbeit, mindestens für die Mutter.

In manchen Orten hat die Schule einen Ausweg gefunden aus solcher Misere: in Gestalt des Herrn Lehrers oder des „Fräuleins“ sammelt sie die zu Hause gebliebenen Kinder, macht mit ihnen Ausflüge, treibt mit ihnen allerlei Spiele und bringt sie vor Abend wieder nach Hause. Sehr hübsch ist das — aber wir können uns nicht helfen: es ist doch immer nur gemittelte Schule, und der Herr Lehrer und das Fräulein sind auch in den Ferien immer nur Lehrer und Fräulein. Die Kinder haben ein feines Gefühl dafür — da läßt sich nichts machen! ... Wenn es nach Wünschen ginge, müßten durchweg alle Kinder ihre ordentlichen, durch nichts beschrankten Ferien genießen mit Tollen und Toben und sonstigem Kradau, und die Eltern, denen es ja auch nicht besonders gut geht, und denen Ferien auch ein wenig not tun, sollten ruhig oder vielmehr unruhig mittohen dürfen!

Ein Sträuschen am Hute —

So zog einstmal, wenn wir den zeitgenössischen Poeten und Malern glauben dürfen, der Wanderer von Lande zu Lande. Er schmückte sich mit den schönsten Blumen aus Wald und Flur, und niemand wäre je auf den Gedanken gekommen, ihm das zu verwehren. Seitdem haben sich die Zeiten geändert. Zwar ist es nicht allgemein verboten, wildwachsende Blumen zu pflücken, doch gibt es eine Reihe von Arten, die als „geschützte“ Pflanzen hier von ausgenommen sind. Niemand außer dem Grundeigentümer oder dem Nutzungsberechtigten darf sie sich aneignen. Für den, der sich in der heimischen Pflanzenwelt nicht auskennt, kann also ein Sträuschen am Hute gefährlich werden. Wenn das Auge des Gesehes darin einen Stengel vom Türkenbund oder etwa eine Blüte von dem köstlichen Frauenschuh, dem Waldvögelein oder der Alelei entdeckt, so wird des armen Sünderes Geldbeutel um einiges erleichtert. Und da auch hier der alte Rechtsgrundsatz gilt, daß Unkenntnis nicht vor Strafe schützt, empfiehlt es sich für jeden Blumenfreund, sich über die geschützten Pflanzen zu unterrichten. Das hat die Staatliche Stelle für Naturdenkmalspflege in Preußen (Sitz: Berlin-Schöneberg) jedermann leicht gemacht, indem sie in einem wohlfeilen Album die in Preußen geschützten Pflanzen auf 18 farbigen Tafeln zusammenstellte.

—* Der verstorbene Landrat Graubner war auf Grund des Wahlvorschlages der Deutschen Staatspartei für den Wahlbezirk Altena-Land/Lüdenscheid-Stadt als Mitglied in den Westfälischen Provinziallandtag gewählt. Der nächste Bewerber auf dem gleichen Wahlvorschlages ist der Kaufmann Emil Steinhaus in Lüdenscheid, Hohlhufstr. 10. Der letztgenannte tritt daher an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Graubner als Mitglied in den Provinziallandtag ein, falls nicht, was nach § 22 des Landtagswahlgesetzes vom 7. Oktober 1925 zulässig ist, die Reihenfolge von der Mehrheit der noch wahlberechtigten Unterzeichner des Wahlvorschlages geändert wird. Die etwaige Änderung muß dem Provinzialausschuß bis zum Ablauf von 2 Wochen nach der Bekanntmachung, die in den nächsten Tagen in dem Regierungs-Amtsblatt erfolgt, mitgeteilt werden.

—* Das Religionsbekenntnis im Preussischen Landtag. Von den 423 Mitgliedern des Preussischen Landtages sind 185 evangelisch, 100 katholisch, 119 konfessionslos und religionslos. 18 Abgeordnete haben ihr Religionsbekenntnis nicht angegeben: sie dürften größtenteils auch dem Dissidententum zuzurechnen sein. Ein Abgeordneter bekennt sich zur jüdischen Religion, doch sind natürlich auch unter den Konfessionslosen nicht wenige, die aus dem Judentum kommen. Insgesamt stehen sich also (wenn man die Abgeordneten ohne Angabe sämtlich der Konfessionslosigkeit zurechnet) 285 Christen = 67,37% und 138 Nicht-Christen = 32,63% im neuen Preussenparlament gegenüber.

—* Wieviel Deutsche wählen am 31. Juli? Ueber die mutmaßliche Zahl der Stimmberechtigten am 31. Juli wird von sachverständiger Seite mitgeteilt: Die Zahl der Stimmberechtigten in der Zeit zwischen dem ersten und dem zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl dieses Jahres (28 Tage) ist von 43 934 481 um 112 360 auf 44 046 841 gestiegen. Auf einen Tag umgerechnet beträgt die Steigerung 4013 Stimmberechtigte. Hiernach würde die Zahl der Stimmberechtigten in der Zeit vom 11. April bis 31. Juli (112 Tage) um 4013 mal 112 = 449 456 Stimmberechtigte auf 44 496 297 oder rund 44 500 000 steigen.

—* XI. Deutsches Sängerbundfest in Frankfurt a. M. Ausgabe von Sonntagsrückfahrkarten. Aus Anlaß des XI. Deutschen Sängerbundfestes in Frankfurt a. M. wird die Deutsche Reichsbahn für die Zeit vom 21. Juli 0 Uhr bis 24. Juli einschl. von allen Bahnhöfen im Umkreis von 300 km um Frankfurt a. M. Sonntagsrückfahrkarten 2. und 3. Klasse nach Frankfurt a. M. ausgeben lassen. Die Rückreise wird täglich bis zum 26. Juli zugelassen. Sie muß spätestens am 26. Juli 9 Uhr angetreten sein und darf dann nicht mehr unterbrochen werden. Ein- und Schnellzüge dürfen gegen Zahlung des tarifmäßigen Zuschlages benutzt werden.

Brügge

—: Beim Gantieren mit einer Tränengaspistole schoß ein junger Mann seinem Freund die volle Ladung ins Gesicht. Der Betroffene der längere Zeit betäubt am Boden lag, hat schwere Augenverletzungen davongetragen.

Kierspe

—: Vollwerk. Der gemischte Kirchenchor Vollwerk tritt am Samstag, dem 23. Juli d. J. abends 8 Uhr mit einer musikalischen Feierstunde zum ersten Male an die Öffentlichkeit, wozu auch an dieser Stelle aufmerksam gemacht wird. Der Chor, unter der Leitung des Herrn Lehrer Freund-Verbrügge hat sich in der kurzen Zeit seines Bestehens aufs Beste entwickelt, er zählt augenblicklich ca. 60 Mitglieder. Das Programm der Feierstunde gliedert sich in zwei Teile, im ersten Teile wird geistliche Musik und im zweiten Teile weltliche Musik geboten. Die Feier, die als Stuhlfestkonzert veranstaltet wird, findet im Gertrudenhof zu Vollwerk statt, während der Dauer derselben findet ein Ausverkauf nicht statt. Der Besuch der Veranstaltung kann nur empfohlen werden.

—: Vollwerk. Der Unterstützungsverein Nachbarschaft Vollwerk ladet seine Mitglieder zu seiner Halbjahrsversammlung am Samstag, dem 23. d. M. nach dem Gertrudenhof zu Vollwerk ein. Im Vordergrund der Beratung steht die Beschlußfassung über die Beitragsfestsetzung für arbeitslose Mitglieder, die bereits in der Jahresversammlung besprochen aber für die Jubiläumsversammlung zurückgestellt worden war.

Lüdenscheid. Am Montag abend gegen 8,30 Uhr kam es auf der Werderstraße, nahe der Wörth, zu einem politischen Zusammenstoß, bei dem mehrere Schüsse gefallen sind. Durch einen Schuß wurde ein Beteiligter verletzt. Der Verletzte trug das Abzeichen der „Eisernen Front“, gab aber bei der Vernehmung an, keiner Partei anzugehören. Die Ermittlungen in der Sache schweben noch. Vorläufig sind zwei Personen festgenommen worden.

Boerde. Kirchenglocke ohne Klöppel. Beim Eintreten des evangelischen Gottesdienstes am Sonntag ergab sich plötzlich, daß eine Glocke aussetzte. Bei sofortiger Nachprüfung stellte sich heraus, daß der Klöppel, welcher 75 Pf. wiegt, abgebrochen und heruntergefallen war. Die beschädigte Glocke wurde kurz nach dem Kriege neu beschafft. Glücklicherweise befand sich unter der Glocke eine Betondecke, wodurch das Durchschlagen der Decke verhindert und dadurch Gefahren für die Besucher des Gottesdienstes abgewendet wurden.

Hagen. Stilllegung der Straßenbahnwagenhalle Gesehe. Das peinliche Verhängnis der letzten Pfortischen Erweiterungspolitik, die mit großen Kosten erbaute Wagenhalle Gesehe der Hagener Straßenbahn ist jetzt infolge des starken Verkehrsrückganges gänzlich überflüssig geworden und wurde in den jüngsten Tagen geschlossen.

Bochum. Revision im Rientimp-Prozeß vom Reichsgericht verworfen. Wie aus Leipzig gemeldet wird, ist die von der Staatsanwaltschaft gegen das freisprechende Urteil der Zweiten Großen Strafkammer vom 16. Januar d. J. eingelegte Revision in dem Strafprozeß gegen den früheren Reichstagsabgeordneten Joh. Rientimp-Bochum und seine Mitangeklagten vom Reichsgericht verworfen worden. Die Anklage lautet auf Vergehen gegen das Gesetz zum Schutze gegen den unlauteren Wettbewerb sowie auf passive und aktive Bestechung. Bei den Mitangeklagten handelt es sich um den Direktor der Großhandelsfirma westfälischer Bäckermeister, Wilhelm Hundertmark, den Direktor der Dortmunder Mühlenwerke, Franz Horreß, und den Margarinefabrikanten Wilh. Lindemann.

Ostfries. Ein Rekordtaucher. Der Bademeister an der Freibadeanstalt Kränke, Herr Kötter, der dieser Tage eine Tauchzeit von 2 Minuten 24 Sekunden hinter sich brachte, will am Sonntag beim Schwimmfest des Ostfrieser Schwimmvereins seinen eigenen Rekord brechen und es auf drei Minuten unter Wasser bringen. Im Streckentauchen legte er 75 Meter zurück.

Köln. Von einer Betondecke erschlagen. Der 43 Jahre alte Bauarbeiter Karl Dürscheid aus Köln wurde in einem Neubau der Kinderreicheniedlung an der Alten-dorner Straße in Köln-Höhenberg von einer einstürzenden Betondecke erschlagen. Dürscheid war Vater von fünf Kindern. Der Bauarbeiter war im Keller des Unglücks-hauses mit der Herstellung eines Fußbodens beschäftigt, als sich eine noch ziemlich frische Betondecke, die außerdem mit Sandmassen belastet war, löste und den Unglücklichen, der sich allein an der gefährdeten Stelle befand, unter sich begrub. Zur Klärung der Schuldfrage hat die Baupolizei eine Untersuchung eingeleitet.

Köln. Mister Timmer mit dem 40-Pfund-Scheck. Am 9. ds. Mts. ließ sich in einem Kölner Hotel ein Mann bewirten, der sich Timmer nannte und aus London stammen wollte. Der Mann übergab als Zahlung

einen Scheck über 40 englische Pfund auf die amerikanische Express-Compagnie London. In der Annahme, daß dieser Scheck in Ordnung sei, wurden ihm auf seine Bitte 100 Mark Vorschuß gezahlt. Nach Erhalt des Geldes verschwand der Mann, ohne seine Beche bezahlt zu haben.

Verden. Dragoner, der den Einzug in Paris mitmachte. Im nahen Borstel starb im Alter von 85 Jahren der Halbmeier und Gastwirt Heinrich Lührs. Er diente seinerzeit bei dem Schleswig-Holsteinischen Dragoner-Regiment Nr. 13 und machte in diesem Regiment den Feldzug von 1870/71 mit. Lührs nahm teil an der siegreichen Reitereschlacht der deutschen Kavallerie bei Gravelotte. Später wurde seine Eskadron dem Gardekorps zugeteilt, und Lührs lag mit seinem Truppenteil vor Paris. Den Einmarsch in die französische Hauptstadt machte er unter den lorbeerbesetzten deutschen Fahnen und Standarten mit.

Westerstede (Oldbg.). Unglückschuf tötete einen 3wölährigen. Ein Unglücksfall, der ein blühendes Menschenleben forderte, ereignete sich in Jhorst. Der Arbeiter Dierkes, der Hühner geschossen und das Gewehr hinter die Haustür gestellt hatte, ließ sich von seinem 12 Jahre alten Sohn später die geladene Flinte noch einmal bringen; dabei löste sich ein Schuß und traf den Knaben in den Kopf. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Hannover. Elli Beinhorn kommt zwei Tage später. Der Dampfer „Cap Norte“, mit dem die hannoversche Weltfliegerin Elli Beinhorn die Ueberfahrt nach Europa macht, kommt voraussichtlich zwei Tage später, als bisher vorgesehen, in Bremerhaven an. Der Empfang durch Oberbürgermeister Dr. Menge und den hannoverschen Aero-Club wird deshalb voraussichtlich erst am Dienstag, dem 26. Juli, vormittags 10.30 Uhr, stattfinden.

Bad Harzburg. Am Vortragspodium vom Tode ereilt. Oberstleutnant a. D. von Kropff wurde plötzlich vom Tode ereilt. Er betätigte sich als politischer Redner für die NSDAP und weilte in Blantenburg. Kaum hatte er dort die ersten Sätze eines Vortrages gesprochen, als ein Schlaganfall seinem Leben ein schnelles Ende setzte.

Nah und Fern

○ Südamerikafahrten des Luftschiffes „Graf Zeppelin“. Im August werden die Verlehrsfahrten des „Graf Zeppelin“ nach Südamerika wieder aufgenommen. Sie finden an folgenden Tagen statt: 15. 8., 29. 8., 12. 9. und 10. 10. Zur Postbeförderung sind zugelassen gewöhnliche und eingeschriebene Briefsendungen und gewöhnliche Pakete, die die besondere Aufschrift „Mit Luftschiff Graf Zeppelin“ tragen müssen.

○ Ein großer Meteor niedergegangen. Über dem vorderen Hardtrand ging ein großer Meteor in Form einer feurigen Kugel nieder. Es zerplatzte in mehrere Stücke, die wieder zerplatzten und dann auf die Erde fielen. Im Augenblicke des Niedergehens des Meteors war der Himmel taghell erleuchtet.

○ Tödlicher Absturz eines Segelfliegers auf der Wasser-tuppe. Ein junger Segelflieger, der Student Rüdiger aus Liegnitz, verunglückte auf der Wassertuppe infolge Absturzes über dem Abtsroder Wald tödlich. Das Segelflugzeug „Senator“ war eine zuverlässige Hochleistungs-maschine der Schlesischen Fluggruppe Breslau, auf der Rüdiger kurz vor seinem Absturz noch den Tagespreis errungen hatte. Die Maschine ist völlig zertrümmert.

○ Großfeuer auf einem Gut. Auf dem Gute Jürgens-dorf bei Stavenhagen entstand abends ein Großfeuer. In dem Hofscheune kam das Feuer aus und verbreitete sich über den Maschinenstall und den Großviehstall. Die drei Gebäude konnten nicht mehr gerettet werden. Mitver-brannt sind 300 Fuder Heu, 800 Fuder Stroh, sechs große Wagen, 250 Zentner Wintergerste und verschiedene land-wirtschaftliche Maschinen.

○ Drei Todesopfer bei einem Bootsunglück. Der Pontonier-Fahrverein von Narwangen (Schweiz) machte einen Bootsausflug auf der Aare. Infolge der starken Strömung konnte in der Nähe von Wangen ein Boot nicht landen und wurde seitwärts gegen einen Brücken-pfeiler geschleudert. Dabei kenterte es und sämtliche 24 Insassen fielen ins Wasser. Drei Personen ertranken.

○ Die Sahara zum ersten Male im Sommer überflogen. Vor einigen Tagen gelang es einem französischen Militär-flugzeug, die Sahara zu überqueren und von Alger aus Inghalla zu erreichen. Der Apparat wurde während der Landung leicht beschädigt. Die Fahrt, die an und für sich nicht sehr lang ist, wird besondere Bedeutung be-gemessen, weil die Sahara zum ersten Male im Sommer und bei größter Hitze überflogen werden konnte.

○ Schweres Autobusunglück. In der Nähe von Bloesit in Rumänien stürzte ein mit 15 Personen besetzter Auto-bus einen Abhang hinunter, weil der Führer am Steuer eingeschlafen war. Eine Frau wurde getötet, vierzehn Personen wurden schwer verletzt.

○ Die Flieger Vertram und Klausmann in Perth. Die deutschen Flieger Vertram und Klausmann trafen auf dem Luftwege von Wundham in Perth (Westaustralien) ein. Die beiden Flieger wurden vom deutschen Konsul, vom Oberbürgermeister von Perth und von Beamten des westaustralischen Fliegerklubs begrüßt. Der Gesundheits-zustand Klausmanns hat sich gebessert.

○ Zwei deutsche Freiballonsflieger in Prag fest-genommen. Über Prag wurde ein gelber Ballon geschickt, der sich in schnellem Fluge in südöstlicher Richtung weiter-bewegte. Ein tschechisches Militärflugzeug nahm sofort die Verfolgung auf und zwang den Ballon, einige Kilo-meter hinter Prag niederzugehen. Es handelt sich um einen reichsdeutschen Ballon aus Chemnitz, der durch die starken Winde nach Böhmen abgetrieben worden war. Die beiden Insassen wurden trotz der Versicherung, daß es sich um einen Sportflug handele, bei dem sie gegen ihren Willen von den Luftmassen bis Prag getrieben worden seien, in Polizeigewahrsam genommen.

○ Ein viertes Todesopfer der Alstaden-Explosions-tatsache. Das Explosionsunglück in der Brillfabrik der Zeche Alstaden hat nunmehr noch ein viertes Todes-opfer gefordert: der Arbeiter Schulz ist seinen Verletzungen erlegen. Von den fünf Verletzten ist nur einer mit dem Leben davongekommen.

○ Wiederaufnahmeverfahren in der Gistmordsache Dr. Richter beantragt. Ein Mainzer Rechtsanwalt hat im Auftrag des wegen Gistmordes an der Krankenpflegerin Frau Meriens zum Tode verurteilten und später zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigten Arztes Dr. Richter aus Bingen die Wiederaufnahme des Verfahrens be-antragt und dazu mehrere Gutachten eingebracht und neue Beweisbelege gestellt. Der Prozeß gegen Dr. Richter, der in Bonn geführt wurde, erregte seinerzeit großes Auf-sehen.

Aus unserer Affenmappe.

Das Hausrecht des Gastwirts.

Eine Antwort auf die Frage: Muß ein Gastwirt jeden Gast dulden und ihm Getränke oder Speisen verabfolgen? entnehmen wir einem Gutachten eines bekannten Rechtsanwalts, der dazu u. a. folgendes ausführt: Daß die Hinausweisung eines Gastes aus einer Gastwirtschaft eine Mißachtung des Betroffenen ausdrückt oder zum mindesten eine ihn kränkende Behandlung darstellt und dadurch den Tatbestand der formalen Beleidigung (§ 185 StGB.) erfüllt, kann nicht zweifelhaft sein, sofern nicht gerade der Gast durch sein Verhalten Anlaß zu dieser Maßregelung gegeben hat. Richtig ist freilich, daß der Wirt auf Grund seines Hausrechts den Besuch ihm nicht genehmer Gäste nicht zu gestatten braucht und ihm daher insoweit grundsätzlich der Schutz des § 193 StGB. (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zur Seite steht. Das Hausrecht des Gastwirts versagt jedoch, wenn dem Gast bereits Speisen oder Getränke verabfolgt sind und dieser damit das Recht, zu verweilen, erworben hat, oder wenn die Herausweisung aus reiner Willkür oder Gefälligkeit erfolgt, da die schikanöse Rechtsausübung nicht rechtmäßig ist (§ 226 BGB.). Richtig ist, daß das öffentliche Recht, insbesondere die gewerbliche Konzession das Hausrecht des Gastwirts nicht einschränkt. (Dagegen ist nach Art. 144 Bay. Pol. StGB. der Gastwirt im Rahmen seines Vorrats zur Bewirtung eines jeden Gastes verpflichtet, soweit ihm nicht genügende Entschuldigungsgründe zur Seite stehen.) Zu berücksichtigen ist jedoch, daß, wer ein Lokal eröffnet, gewissermaßen an die Öffentlichkeit die Erklärung richtet, daß der Besuch seiner Wirtschaft jedermann freistehe, und daß jeder damit rechnen darf, als Gast willkommen zu sein. Gerade deshalb muß sich der Wirt einer besonders schonenden Form bedienen, wenn er diese durch sein Verhalten hervorgerufene Erwartung enttäuscht. Für die Anwendbarkeit des § 193 StGB. muß sich dieser Gesichtspunkt dahin auswirken, daß die die Strafbarkeit nach dieser Vorschrift begründende Absicht der Beleidigung dann anzunehmen ist, wenn der Wirt nicht alles nach dieser Richtung Gebotene getan hat, etwa wenn er sofort eine besonders dringliche Aufforderung an die Besucher hat ergehen lassen, oder wenn er den Vorfall nicht der Beachtung der übrigen Gäste entzogen hat, was im Einzelfall möglich und angezeigt sein kann, oder wenn er gar selbst die Aufmerksamkeit Dritter darauf gelenkt hat.

Erwerb von Waffen durch Inhaber von Jahresjagdscheinen.

In einem Rundschreiben des preussischen Ministeriums für Landwirtschaft, Forsten und Domänen wird mitgeteilt: Zur Behebung aufgetretener Zweifel weise ich darauf hin, daß der Jahresjagdschein dem Erwerber von Waffen stets zurückzugeben ist. Die den genehmigten Umfang des Waffenbesitzes kennzeichnende Beilage zum Jahresjagdschein ist mit diesem untrennbar verbunden, sie unterliegt deshalb auch dann nicht der Ablieferungspflicht, wenn die den Waffenbesitz beschränkende Zahl erreicht ist.

Gerüchte gehen um. . .

Es gibt Leute, die ein Interesse daran haben, ihre Umwelt in Aufregung zu versetzen; es gibt auch solche, die gern schlaun er scheinen wollen als ihre Umgebung, die sich wichtig machen wollen. Sie alle mischen — absichtlich oder unabsichtlich — Wahres mit Falschem und bringen es mit ihren Reden, Schriften und sonstigen Äußerungen in Umlauf. So entstehen die vielen falschen

Gerüchte, die gerade in der Gegenwart einen guten Boden haben, denn leichter als bei ausgeglichenen Verhältnissen sind die Menschen in Zeiten der Not zu beunruhigen; sie sind empfänglich für Gerüchte, aufregende Nachrichten und geheimnisvolle Klüftereien und Andeutungen.

Falsche Gerüchte sind hartnäckig, ihr Inhalt mag noch so falsch und dumm sein. Aber sie haben glücklicherweise einen Feind, gegen den sie immer verlieren: die Sprache der Erfahrung und der Tatsachen. Das gilt auch für Gerüchte über die Währung. Falsche Gerüchte hinsichtlich der deutschen Währung sind eigentlich im Umlauf, solange wir unsere stabilisierte Währung haben, also seit bald 10 Jahren. Wie zahlreich und eindringlich sind Gerüchte über die Währung insbesondere im vorigen Jahr gewesen. Die Währung aber ist allen Gerüchtemachern und falschen Projekten zum Trotz stabil geblieben. Diejenigen waren die Dummen, die sich zur „Flucht in die Sachwerte“ und anderen Fehlern haben hinreißen lassen. Erfreulicherweise hat das Publikum doch aus der Vergangenheit gelernt, und verhält sich jetzt ablehnender gegen Währungsgerüchte und sonstige Redereien.

Aber da immer noch hier und da Zweifel bestehen und Gerüchte verbreitet sind, so ist es erfreulich, daß die verantwortlichen Stellen in letzter Zeit wieder ausdrücklich betont haben, daß sie jedes Währungsexperiment und jede Inflationspolitik ablehnen. Sowohl die Reichsregierung wie auch die für die deutsche Währungspolitik verantwortliche Reichsbank haben solche Erklärungen abgegeben. Und auch der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat kürzlich in einer Rede ausdrücklich erklärt, daß die deutsche Währung stabil sei.

Das Ende einer unglücklichen Ehe.

Quecksilber in die Suppe gegossen.

Wegen versuchter Vergiftung ihres Mannes hatte sich eine Frau aus Volkramshausen vor dem Großen Schöffengericht Nordhausen zu verantworten. Sie hatte nach einer Auseinandersetzung mit ihrem Manne, der dem Spiel verfallen war, Quecksilber aus dem Zimmerthermometer in die Bohnensuppe geschüttet, um, wie sie vor Gericht sagte, ihn krank zu machen und ihn dann gesund zu pflegen. Auf diese Weise habe sie den Mann wieder an sich fesseln wollen. Nachteil an seiner Gesundheit hat der Mann nicht davongetragen. Das Gericht erkannte mit Rücksicht auf die getrübbten Eheverhältnisse und die Jugend der Angeklagten auf eine Gefängnisstrafe von acht Monaten.

Der Sieg des deutschen Tonfilms.

Auf einer Berliner Tagung der Mitarbeiter der Univerzum Film A.-G. (Ufa) machte Generaldirektor Ludwig Klisch interessante Ausführungen über die Lage des Films in der Krisenzeit, insbesondere über die Erfolge des Tonfilms. Er stellte dabei fest, daß die Hoffnungen, die man vor einem Jahr an die Entwicklung des Tonfilms knüpfte, nicht enttäuscht worden seien. Filmindustrie und Kino leiden natürlich ebenso unter der Krise wie andere Wirtschaftszweige, das zeige sich im Rückgang der Theaterinnahmen, wobei die Umsatz- und die Lustbarkeitssteuer noch verschärfend wirkten. Aber daß die Filmindustrie trotz der Krise nicht zusammengebrochen ist, ist nur dem Siegeszug und der ungeheuren Popularität des Tonfilms zu verdanken, der im rechten Augenblick den stummen Film ablöste und unbegrenzte Entwicklungsmöglichkeiten auch in der Zukunft bietet. Der Tonfilm habe auch eine Kräfteverschiebung in der internationalen Filmwirtschaft gebracht, und den deutschen Tonfilm, insbesondere den Ufa-Tonfilm an die

erste Stelle im europäischen Ausland gestellt. Ein schlagender Beweis für den Erfolg des deutschen Tonfilms ist der Besuch der Ufa-Theater, die im letzten Geschäftsjahr trotz Krise 1,5 Millionen mehr an Besucher aufwiesen als im Jahr vorher. Infolge der Herabsetzung der Preise sind die Gesamteinnahmen der Ufa-Theater um etwas mehr als 10 Prozent zurückgegangen. Durch den starken Abzug im Ausland spielt der Ufa-Tonfilm auch in der Veranschaffung von Devisen eine beträchtliche Rolle.

Schlupfdienst.

Vermischte Nachrichten vom 19. Juli.

Reichsgericht bestätigt Angriff-Verbot.

Leipzig. Das Reichsgericht bestätigte das vom Polizeipräsident gegen die nationalsozialistische Zeitung „Der Angriff“ ausgesprochene Verbot, nachdem der Verlag des Angriffs gegen das Verbot Beschwerde erhoben hatte.

Nicht Kartoffel-, sondern Marienkäfer.

Frankfurt a. M. Die Meldung, daß der gefährliche Kartoffelläfer zwischen Frankfurt und Offenbach festgestellt worden sei, ist nicht richtig. Die Larven wurden sofort den behördlichen Stellen überandt und vom Landwirtschaftlichen Institut der Hessischen Landesuniversität Gießen untersucht. Es stellte sich heraus, daß man es mit Larven und Puppen des Marienkäfers zu tun hat, die denen des Kartoffelläfers sehr ähnlich sehen.

Grauenhaftes Verbrechen aufgedeckt.

Erfurt. Die Erfurter Kriminalpolizei ist einem grauenhaften Verbrechen auf die Spur gekommen. Es gelang ihr, den Arbeiter Bachmann und seine Geliebte festzunehmen, die nach eigenem Geständnis in den Jahren 1928 bis 1931 drei ihrer unehelichen Kinder kurz nach der Geburt getötet und die Leichen außerhalb der Stadt vergraben hatten. Die sofort eingeleiteten Nachforschungen haben bereits zur Auffindung der Überreste eines der getöteten und in der Nähe eines beliebten Ausflugszieles in der Erfurter Umgebung eingegrabenen Kindes geführt.

Nationalsozialist von einem Kommunisten erschlagen.

Hannover. Auf dem Schützenfestplatz in Hörter wurde der 23jährige Nationalsozialist Westemeier von dem Kommunisten Marx mit dem Gewehrstoß niedergeschlagen. Westemeier erlitt einen Schädelbruch, dem er nach kurzer Zeit erlag. Der Grund zu dem Totschlag ist darin zu suchen, daß Westemeier einige Befehle mit dem Hitlergruß empfing. Der Täter wurde verhaftet.

Zwischenfall im Österreichischen Nationalrat.

Wien. Während der Beratungen des Finanz- und Haushaltsausschusses des Österreichischen Nationalrates wurde der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Bauer vor dem Heilmittelabgeordneten Hainz durch einen Wurf mit einem Streichholzbehälter aus Steinzeug am Kopf erheblich verletzt. Die Sitzung wurde abgebrochen.

Neuer Aufstand in Peru unterdrückt.

London. Nachdem erst vor kurzem eine kommunistische Aufstandsbewegung in der peruanischen Stadt Trujillo unterdrückt werden mußte, wurde, wie aus Lima gemeldet wird, in Huancayo von militärischer Seite ein Aufstand durchgeföhrt, der jedoch von der Regierung sofort niedergeschlagen werden konnte. Mehrere Aufständische wurden getötet und verwundet. Dem Führer der Aufständischen gelang es zu entkommen.

Vor dem Ende der Aufstandsbewegung in Sao Paulo?

Sao de Janeiro. Brasilianische Regierungsfunktionen bombardierten die Stellungen der Aufständischen in Sao Paulo und den dortigen Flugplatz. Sao Paulo ist nunmehr vom Lande aus und von der See aus blockiert. Die brasilianische Regierung rechnet mit einer Einnahme Sao Paulos noch in dieser Woche. Die ursprünglich beabsichtigte Mobilisierung der Meeresflotte wird als unnötig angesehen.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halber i. Westf.

Fischereiverpachtung.

Die Fischereigerechtsame d. Gemeinde Schalksmühle in dem Hälverbach ist für die Zeit vom 1. Juni 1932 bis zum 31. Mai 1944 zu verpachten. Bedingungen können in der Verwaltungsgeschäftsstelle Schalksmühle eingesehen werden. Pachtangebote werden unter der ausdrücklichen Bezeichnung „Fischereipacht“ im verschlossenen Umschlag bis zum 25. d. Mts. einschließlich an den unterzeichneten Gemeinde-Vorstand erbeten.

Halver
Schalksmühle, den 18. Juli 1932.

Der Gemeinde-Vorstand.

In das Handelsregister B 98 ist heute bei der Firma Adolf Craemer Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Halver eingetragen worden:

Adolf Craemer senior ist als Geschäftsführer am 1. Juli 1932 ausgeschieden. Herr Adolf Craemer junior in Halver ist neben den verbleibenden Geschäftsführern zum allein vertretungsberechtigten Geschäftsführer bestellt.

Lüdenscheid, den 18. Juli 1932.

Das Amtsgericht.

Haushalt-Glashaut

(Cellophan)

unentbehrlich für jeden Haushalt.
Glasklarer, durchsichtiger Stoff.

Zum Bedecken aller Lebensmittel
und anderer empfindlicher Artikel.

Mengeninhalt: 1 Bogen ca. 47x75cm
RM. —.27.

Wilh. Bell jr. Halver.

Sport-Anzüge

in unverwundlichen Stoffen v. Mk. 16.80 an.
Sakko-Anzüge in allen Farben u. guten
Qualitäten, die am Lager habenden
werden zu bedeutend herabgesetzten
Preisen verkauft. Sport-, Ober- und
Wochenend-Hemden in vielen Farben.
Lange u. Breechesosen in allen
möglichen Stoffen. Blau-Leinen-An-
züge von 4,25 Mk. an. Hüte, (blaue
Spötmützen, Kragen u. Selbstbinder
Sämtliche Kurz-, Weiß- u. Wollwaren
zu d. billigsten Tagespreisen empfiehlt

Hugo Nieding, Halver,
Berliner-Straße Nr. 36.



Weißt Du schon, Hans, daß ab Mittwoch, den 20. Juli bis einschl. Samstag, den 23. Juli bei Kornblum, im 3. Stock, wieder die

große Kinder-Belustigung

ist? Oh, das ist aber fein! Das muß ich sofort den andern Buben und Mädels sagen, denn Mutti geht mit mir bestimmt hin, weil Sie jetzt im

Saison-Schluß-Verkauf

bei Kornblum so fabelhaft bill. kaufen kann.

Kornblum

Lest

Eure Heimat-Zeitung

den in allen Bevölkerungsschichten täglich erscheinenden

Allgemeinen Anzeiger

mit den Gratisbeilagen, Zeitgeschehen im Wochenbilde,
Landmanns Sonntagsblatt.

Der Allgemeine Anzeiger unterrichtet schnell und laufend
über alle politischen Geschehnisse und sonstigen wichtigen
Ereignisse der engeren und weiteren Heimat.

Anzeigen haben bei billigst. Berechnung stets sich. Erfolg



Freitag, den 22. Juli,
abends 8.30 Uhr,
im Haus zur Fuhr

Pflichtabend

auch für Frauenschaft
und Hitlerjugend.

N. S. D. A. P.,
Ortsgruppe Halver.

Darlehn

aller Art für jed. Zweck.
Kostenloser Vertreter-
besuch. Geschäftsstelle
H. Hegemann, Heesfeld
b. Lüdenscheid.

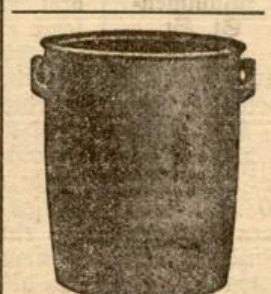


Es werden am Freitag,
den 22. Juli vorm. von
9—11 Uhr in Brügge an
der Wirtschaft Kind in Halver
von 12—2 Uhr an der
Wirtschaft Kind in Halver
und von 3—5 Uhr in
Kierspe-Wh. an der Wirt-
schaft Wegland (Zannenbaum)
ein großer Transport

Ferkel und Läuferf Schweine

von 6.— an verkauft

Kutsch, Boffel
b. Obersprohköbel.



Steinzeugtöpfe

zu haben bei
Wilh. Bell jr.,
Halver.

Kölnner Börsenstimmungsbericht vom 19. Juli.

Die Kölner Börse eröffnete ohne Aufträge
jedoch etwas freundlicher, da man hoffte,
nach dem Demonstrationsverbot der Reichs-
regierung die Unruhen eingedämmt werden.
Nach Festsetzung der ersten Kurse zeigte sich
die Börse lustlos. Die Kurse gaben allgemein
weder nach. Farben setzten bei 87 Prozent etwa
einhalb Punkt fester ein, gingen später jedoch
wieder zurück. Montanaktien sehr ruhig. Ber-
eignisse Stahl bei 12 1/2 etwas schwächer. Gut
behalten nur Erdöl und Selbstkirchen.

Kölnner Effekten-Notierungen vom 19. Juli.

(* = kein Angebot, keine Nachfrage. — = Notiz
nicht zustandekommen.)

Barmer Bank. 49	Gesent. Vergw. 32
Rhein. Bauernbank —	Phönix Vergw. 14 1/4
All. u. Stuttg. 155	Nb A G i. Jüder —
Colonial Feuer gr. 85	Rhein Wasser —
Glabacher Feuer —	Schuderi Electr. —
St. Erdöl 6	Witener Guß —

Amstlicher

Preisbericht der Kölner Produktenbörse. Köln, 19. Juli.

Es bedeutet	Ag.	Hoggen.	F.	Futter.	W.	Winter
S. Sommer.						
Weizen, rhein	—	—	—	—	—	9,50—10,75
71 Ag.	—	—	—	—	—	8,50—8,75
Weizen, ausl.	—	—	—	—	—	10,50—11,25
Hoggen, rhein.	—	—	—	—	—	11,75—12,00
66—67 Ag.	—	—	—	—	—	—
Ag., ch. neu.E.	—	—	—	—	—	11,75—12,00
Hoggen, ausl.	21,50—22,00	—	—	—	—	12,75—13,00
Hafer, biefiger	16,50—17,50	—	—	—	—	—
Hafer nordd.	18,50—19,00	—	—	—	—	11,25—11,50
Hafer, ausl.	—	—	—	—	—	8,75
R.-Gerste, ausl.	—	—	—	—	—	9,25—10,00
W.-Gerste, inl.	16,50	—	—	—	—	8,50—9,00
S.-Gerste, inl.	—	—	—	—	—	10,75—11,50
Maiz grober	18,25—19,30	—	—	—	—	8,00—8,75
Maiz feiner	19,50	—	—	—	—	—
Weizenmehl.	—	—	—	—	—	3,80—4,30
70 Pr., inl.	35,75	—	—	—	—	—
Rhein-Weizen- bäckermehl m.	—	—	—	—	—	5,40—5,80
Auslandstrog.	37,00	—	—	—	—	—
Hoggenmehl.	—	—	—	—	—	—
70 Pr.	28,00—28,50	—	—	—	—	—
länd. Hoggen	29,50	—	—	—	—	3,00
Hoggenstrot.	—	—	—	—	—	—
inländisches	24,50	—	—	—	—	2,80
ausländisches	24,50	—	—	—	—	2,40

Stimmungsbericht: Die Allgust war heute
sehr beschränkt, die Preise im allgemeinen un-
verändert. Nur in Wintergerste war zu leicht
nachgebenden Preisen einiges Geschäft.

Kölnner Butternotierungen vom 19. Juli.

Butter (inländische) Erzeugerpreis ab Ver-
ladung ohne Verpackung für 100 Kilogramm
in Reichsmark. 1. Qualität 220, 2. Qualität 210.
Tendenz: Steig.